

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark (Bestellgeld vierteljährlich 45 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Postbezugs Leipzig.
Fernsprecher: 18808.

Insertatskosten des Raumpaltens Zeitzeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Platzvorschrift 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mark jedes Tausend, bei Zellaufgabe 6.— Mark. — Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Keine Einschränkung des U-Boot-Krieges.

Die Engländer bei Kut-el-Amara von neuem eingeschlossen.

Jahreslage des Weltkriegs.

15. Februar 1917. Englische Angriffe auf die bei Dpern verlorene Stellung abgeschlagen. — Wiedereröffnung des englischen Parlaments; Aquith spricht über die militärische und finanzielle Lage; im Oberhaus spricht Ritchener über die militärische Lage. Kardinal Mercier beim Papst. — Die Internationale Sozialistische Kommission beschließt in Bern die Einberufung einer Internationalen Konferenz für April 1918.

Die neuesten Meldungen.

Die Heimreise Bernstorffs.

Köpen, 15. Februar. Das holländische Neuwe Bureau erfährt aus Washington: Graf Bernstorff hat vorgestern Abend mit seiner aus 10 Personen bestehenden Begleitung Washington verlassen und schiffte sich gestern in New York ein. (Berliner Tageblatt.)

Japan und die Einwanderervorlage in Amerika.

Berlin, 15. Februar. Die die Kreuzzeitung erzählt, laut es Tokioer Pressemeldungen zufolge in den größeren japanischen Städten, darunter in Tokio, Yokohama und Osaka nach Bekanntwerden der Haltung des amerikanischen Senats zur Einwanderervorlage, die für die Japaner beleidigende Bestimmungen enthält, zu Protestkundgebungen vor den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union, die von Tausenden von Personen veranstaltet wurden. Die Protestkundgebungen waren von der einflussreichen sozialistischen Partei Seiyuha organisiert. Man rechnet in Tokio mit japanischen Schritten in Washington.

Amerika und Deutschland.

Amsterdam, 15. Februar. Der Berliner Berichterstatter der Associated Press, der in Kopenhagen angekommen ist, sandte seinem Bureau nach einer New Yorker Neutermelung den Bericht, in dem es heißt, daß er den Krieg zwischen Amerika und Deutschland, falls Amerika an seinen Bedingungen festhalte, für unermesslich halte. Die deutsche Regierung habe den Kommandanten der Unterseeboote Befehl gegeben, keine neutralen Schiffe und vor allem keine amerikanischen, soweit dies möglich sei, ohne Warnung zu vernichten. Es könnten aber deshalb trotzdem Fälle vorkommen, daß amerikanische Schiffe oder daß amerikanische Bürger an Bord neutraler Schiffe in einem solchen Fall in Mitleidenschaft gezogen würden. Deutschland hat nicht die Absicht, den neuen Unterseebootkrieg, wie er kürzlich angekündigt wurde, aufzugeben. Man berechnet, daß wenn eine Million Tonnen englischen Schiffraums vernichtet und 3 Millionen Tonnen neutraler Schiffraum verhindert würde, nach England zu fahren, Deutschland England zwingen kann, den Friedensschluß als wirtschaftsweit in Erwägung zu ziehen. Dieses Ergebnis soll durch zwei Drittel der verfügbaren Unterseeboote erreicht werden, da ein Drittel Reis auf der Ausfahrt oder Heimfahrt oder in Reparatur ist. (Frankfurter Zeitung.)

England beschlagnahmt schwedische Schiffsladungen.

Stockholm, 15. Februar. Svenska Dagblad meldet, daß drei schwedische Dampfer in England von den englischen Behörden gezwungen wurden, ihre Ladung zu löschen. Diese bestehen insgesamt aus 14 500 Tonnen Getreide. Der englische Eingriff bedeutet nach einer Erklärung des Landwirtschaftsministeriums eine schwere Schädigung für die schwedische Landwirtschaft. (Frankf. Bl.)

Die Geldsendungen für die Gefangenen in Frankreich.

Berlin, 14. Februar. (Amstf.) Von den Geldsendungen an Kriegsgefangene und zwilinternierte Deutsche in Frankreich wurden bis zum 1. Dezember 1916 von der französischen Regierung 20 Prozent einbehalten. Von diesem Tage an werden die Geldsendungen überall wieder zum vollen Betrag ausbezahlt. Die einbehaltenen Beträge werden den Empfängern, wie die französische Regierung amtlich mitgeteilt hat, nachträglich vergütet.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 14. Februar befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Neue Steuern.

In einer Woche soll der Haushaltsausschuß des Reichstags zusammentreten, um vertrauliche Mitteilungen des Reichsschatzsekretärs entgegenzunehmen. Was der Regierungsvorleiter den Abgeordneten vortragen wird, weiß man nicht, aber man kann es voraussetzen, auch wenn man nicht zu den Wissenden gehört. Seit einigen Tagen gehen Notizen durch die bürgerliche Presse, die die Einbringung neuer Steuervorlagen ankündigen. Die Tägliche Rundschau behauptet, daß eine Kohlenabgabe zu erwarten sei, die in Form einer Förderabgabe erhoben werden soll. Daß eine Besteuerung des Eisenbahnverkehrs kommen soll, ist schon in der Budgetkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses angekündigt worden. Dazu wird noch eine wesentliche Erhöhung der Warenumsatzsteuer erwartet. Die Tägliche Rundschau deutet auch an, daß dem Reichsschatzamt noch ein ganzes Bündel anderer Steuervorlagen vorgelegen hätten, über die diese Behörde noch beraten werde.

Es handelt sich bei diesen Steuern nicht um den Beginn eines großen Reformwerks mit dem Ziel, für die Deckung der Kriegskosten Sorge zu tragen, sondern lediglich um die Aufbringung der laufenden Ausgaben. Nach der Behauptung des Freiherrn v. Zedlitz in der Montagabendausgabe der Post hätten sich der Reichstag und die Reichsregierung bei den Steuerbewilligungen im vorigen Jahre dahin geeinigt: Verringerung der Kosten des Krieges durch Anleihe, aber Deckung ihrer Verzinsung durch laufenden Einnahmen. Der Reichsschuldendienst werde im nächsten Jahre mit einer beträchtlich höheren Belastung zu rechnen haben, als im laufenden Jahre durch den Ertrag der neuen Steuern mit 700 Millionen Mark gedeckt werde. Sie werde sicher nicht unter einer Milliarde bleiben, voraussichtlich vielmehr diesen Betrag noch übersteigen. Der Freiherr rechnet mit der Erzielung neuer Einnahmequellen für das Reich in Höhe von 1 bis 1,2 Milliarden. Finanzpläne, zu deren Durchführung es, wie a. V. für Monopole, umfassenderer Organisationen bedürfte, seien jetzt gänzlich ausgeschlossen, es werde sich wohl nur um Steuern handeln können, deren Veranlagung und Erhebung möglichst einfach sei. Es werde bestimmt darauf zu rechnen sein, daß sich unter den Vorlagen eine solche nicht finden werde, die auf eine dauernde Belastung des Vermögens oder Einkommens abzielt.

Wir werden also wieder neue indirekte Steuern bekommen, und wenn sie auch nicht durch förmliche Zuschläge auf die Warenpreise, sondern durch Abgaben bei der Produktion oder im Verkehr erhoben werden sollten, die Wirkung wird immer die alte bleiben, die Hauptlast wird die konsumierende Bevölkerung tragen müssen und damit werden die breiten, die minderbemittelten Klassen aufs neue in ganz unverhältnismäßiger Weise zu den Leistungen für den Staat herangezogen. Vielleicht, daß man dem Steuerbüxett auch ein Feigenblatt in Gestalt einer Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer zufügt; an dem Wesen der neuen Pläne wird das nichts ändern, Herr v. Zedlitz wird schon mit seiner Meinung recht behalten, daß sich keine Vorlage darunter befinden wird, die auf eine dauernde Belastung des Vermögens oder Einkommens abzielt.

Ueber die einzelnen Steuervorlagen wird zu reden sein, wenn sie der Öffentlichkeit vorliegen. Oder vielmehr, man wird auch dann nicht viel darüber reden können, wenn der Reichshaushaltsausschuß wiederum die verfassungswidrige Methode befolgt, die Vorlagen im vertrauten Kreise fertigzustellen, um es dem Plenum des Reichstags überläßt, hinterher einige wirkungslose Bemerkungen zu machen. In den Blättern der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion kann man jetzt schon einige sehr schöne Artikel darüber lesen, wie die neuen Steuern beschaffen sein müßten, wenn die Lasten nach einem gerechten Maßstab verteilt werden sollen. Vermutlich werden wir auch im Reichstag von den Leuten dieser Richtung manche sehr schöne und sehr radikale Rede zu hören bekommen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die jetzige Steuerpolitik der Regierung ein Teil der gesamten Kriegspolitik ist und daß, wer diese unterstützt, auch für jene mitverantwortlich zu machen ist. Der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft allein wird im Reichstag die Aufgabe zufallen, die sozialdemokratischen Grundzüge bei der Beratung der

Steuervorlagen zur Geltung zu bringen, und sie wird das Ohr des Volkes mehr denn je haben.

Vielleicht fragt mancher: ob es denn nicht verkorene Zeit sei, jetzt allzu eifrig über die neuen Steuern zu diskutieren, da es sich doch nur um Kriegsmassnahmen handelt und bei der Wiederherstellung des Friedens doch eine große Steuerreform kommen müsse, um die Finanzen des Reichs auf eine neue Grundlage zu stellen? Anscheinend von diesem Gedanken ausgehend, hat das Hamburger Echo in der vorigen Woche einen längeren Artikel veröffentlicht, der sich mit dem Steuerproblem der Zukunft befaßt und eine Reihe von Vorschlägen für die Deckung der Ausgaben des Reichs macht. Diese Frage und diese Vorschläge hat Freiherr von Zedlitz am Schluß seiner von uns erwähnten Ausführungen schon mit folgendem Satz beantwortet:

Schließlich mag darauf hingewiesen werden, daß das, was jetzt an dauernden Deckungsmitteln für die Verzinsung der Kriegsschuld bewilligt wird, den Bedarf an neuen Einnahmen zur Sicherung des Gleichgewichts im Reichshaushalt nach Friedensschluß entsprechend herabmindert.

Herr v. Zedlitz ist nicht der oder jener, sondern er zählt zu den Politikern, die wohl gelegentlich mit ihren allzu reaktionären Auffassungen nicht durchdringen, die aber trotzdem den größten Einfluß besitzen und gewöhnlich sehr gut über die Absichten der Regierung unterrichtet sind. Nach seiner Meinung werden die während des Krieges geschaffenen Steuern auch nach Friedensschluß nicht verjähren; wir sollen uns in aller Zukunft der Umsatzsteuer, der Abgaben auf den Postverkehr — was jetzt noch die Vertierung des Eisenbahnverkehrs tritt —, all der andern indirekten Steuern und Abgaben zu erfreuen haben, die während des Krieges geschaffen worden sind und noch geschaffen werden.

Als Herr Dr. Helfferich in das Reichsschatzamt berufen wurde, haben manche Leute eine Neuorientierung in der Steuerpolitik des Reichs erwartet. Herr Dr. Helfferich hat diese Erwartungen nicht erfüllt, es ist alles beim alten geblieben; und auch seine Nachfolger werden die Neuorientierung nicht bringen. Nur von unten auf kann sie kommen; nur wenn der Willensdruck der Massen stark genug ist, kann er eine grundsätzliche Änderung wie der Politik im allgemeinen, so der Steuerpolitik im besonderen herbeiführen. Das ist eben der große Irrtum in der Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion, daß sie nicht erkennen will, wie ihre Parole: „Nur nicht ausschalten lassen!“ zur Kräftigung des nach kapitalistischen Grundzügen orientierten Staatsbetriebes führen muß. Eine selbständige sozialistische Politik tut uns jetzt so bitter not, wie nur je. Wer auch in der Steuerfrage die Anlehnung an die bürgerlichen Parteien beifürwortet, der verjährt sich aufs schwerste an den Interessen der Arbeiterklasse.

Vom Tage.

Der Reichskanzler hat an die Bundesregierungen ein Schreiben gerichtet, in dem auf die große Bedeutung der am 15. Februar stattfindenden Erhebung der Bestände an gedroschenem und ungedroschenem Getreide und der für den 1. März angeordneten Aufnahme der Viehbestände und Kartoffelvorräte hingewiesen wird. Es heißt darin:

Konsequente Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit aller Beteiligten ist bei ihrer Durchführung aber vaterländische Pflicht. Es gilt dadurch die Versorgung unseres Heeres und der zum großen Teil mit Arbeiten für die Nahrung des Heeres beschäftigten städtischen Bevölkerung zu sichern. Ihre Arbeitskraft muß durch richtige Einteilung und geregelte Zuführung der notwendigen Lebensmittel weiter erhalten werden, damit unsere tapferen Truppen mit allem versehen werden, was zum Siege nötig ist. Vorbedingung für das Gelingen des Werkes der Sicherung unserer Volksernährung ist eine möglichst genaue und zutreffende Uebersicht über alle jetzt vorhandenen Vorräte. Millionen von landwirtschaftlichen Betrieben müssen an der Ablieferung des Notwendigen mitwirken. Auf jeden einzelnen Betrieb, mag er noch so klein sein, kommt es an.

Der Reichskanzler würdigt in seinem Schreiben die Anforderungen, die durch die Aufnahme an die Zeit und Arbeitskraft der Landwirte und Ortsbehörden gestellt wird, aber er erwartet, daß die deutschen Landwirte ihre Pflicht tun werden. Die Ablieferungen müssen voll und rechtzeitig geschehen und auch die Bestellung zur neuen Ernte müsse trotz aller Schwierigkeiten so gut und sorgsam wie irgend möglich erfolgen. Kein Soldat, kein Nahrungsarbeiter,